



Medienmitteilung

Zürich, 11. Januar 2024

Bedürfnisse der Gemeinden und Rechte der Eigentümer in Einklang bringen

Die Kommission für Planung und Bau beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Revision des Planungs- und Baugesetzes betreffend klimaangepasste Siedlungsentwicklung zu verabschieden (5860). Die vorgeschlagenen Möglichkeiten der Gemeinden, mit planerischen und baulichen Massnahmen dem Klimawandel zu begegnen, will die Kommission aber abschwächen.

Mit der Vorlage 5860 will der Regierungsrat die Voraussetzungen für eine klimaangepasste Siedlungsentwicklung verbessern. Insbesondere die planungs- und baurechtlichen Möglichkeiten der Gemeinden sollen mit einer Reihe von Kann-Bestimmungen erweitert werden. Dadurch wären die Gemeinden frei, Interessenabwägungen so vorzunehmen, dass sie den Bedingungen und Bedürfnissen vor Ort entsprechen.

Die Kommission für Planung und Bau (KPB) hat sich vertieft mit der Frage beschäftigt, wie sich die Ziele einer klimaangepassten Siedlungsentwicklung, die Bedürfnisse der Gemeinden und die Rechte der Eigentümerinnen und Eigentümer in Einklang bringen lassen.

Verhältnismässiger Aufwand

Im Fokus lagen der Erhalt sowie die Neupflanzung von Bäumen. Eine Mehrheit der Kommission will betreffend Baumerhalt bei den geltenden Bestimmungen bleiben, sodass der Aufwand für Grundeigentumschaften und Verwaltung verhältnismässig bleibt. Neu möchte sie aber den Gemeinden die Möglichkeit geben, zonen- und gebietsweise den Erhalt und Ersatz von Bäumen ab einem Stammumfang von 100 cm vorzuschreiben. Eine Kommissionsminderheit (SP, GLP, Grüne) möchte den Gemeinden hingegen diese Möglichkeit unabhängig vom Stammumfang geben, weil Bäume im Sommer kühlen und durch ihr Wurzelwerk Regenwasser aufnehmen können. In diesem Zusammenhang diskutierte die KPB auch den Vorschlag des Regierungsrates, eine Unterbauungsziffer oder das Bauen im Untergrund mittels Grünflächenziffer einzuführen. Ziel beider Konzepte ist es, Flächen für den Wurzelraum von Bäumen zu sichern und die Versickerung von Wasser im Boden zu ermöglichen. Die Kommissionsmehrheit entschied, lediglich eine Bestimmung zu beantragen, die auf eine möglichst geringe Versiegelung des Bodens abzielt. Eine Kommissionsminderheit (GLP, SP, Grüne) möchte am Vorschlag des Regierungsrates für eine Unterbauungsziffer festhalten und den Gemeinden die Möglichkeit geben, ein solches Instrument einzuführen.

Diskutiert wurde auch die Förderung der Bepflanzung auf privaten Grundstücken. Der Regierungsrat beantragt, die geltenden Abstandsmasse stellenweise zu vereinheitlichen und zu reduzieren. Die Kommissionsmehrheit hat dieses Anliegen teilweise aufgenommen, bevorzugt allerdings Bestimmungen, die den Wünschen der Nachbarn stärker Rechnung tragen. Unterschiedliche Kommissionsminderheiten (SVP bzw. FDP) wollen diesen Wünschen noch mehr Geltung verleihen oder aber die Abstandsmasse im Sinne des Regierungsrates reduzieren.



Interessenabwägung bei Dachbegrünungen

Schliesslich wurde auch die Begrünung von Flachdächern in der Kommission diskutiert. Hier galt es, insbesondere die Interessen der Eigentümerinnen und Eigentümer an einer selbstbestimmten Nutzung ihrer Dachfläche, beispielsweise für Erholungszwecke, mit dem kommunalen Interesse an einer verhältnismässigen Regelung der Dachbegrünung und ihrer ökologischen Qualität abzuwägen. Schliesslich stimmte die Mehrheit der KPB für eine Lösung, wonach Gemeinden bei Neubauten und bei wesentlichen baulichen Veränderungen Vorschriften zur Dachbegrünung erlassen dürfen. Die technischen und betrieblichen Möglichkeiten sowie die wirtschaftliche Tragbarkeit müssen dabei aber gewährleistet bleiben. Eine Kommissionsminderheit (Grüne, SP, GLP) möchte zonen- und gebietsweise Vorgaben zur Begrünung von Flachdächern allgemein ermöglichen, wobei sie auch Vorgaben zum Umfang und zur Qualität der Begrünung ermöglichen will.

Kontakt:

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Minderheit SVP: Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg), 044 915 01 68

Minderheit SP: Andrew Katumba (SP, Zürich), 079 336 28 82

Minderheit FDP: Stephan Weber (FDP, Wetzikon), 043 268 85 87

Minderheit GLP: Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon), 078 720 19 05

Minderheit Grüne: Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen), 079 434 36 23

Minderheit Mitte: Marzena Kopp (Mitte, Meilen), 078 649 76 60